

Die Klimakrise und das Individuum: Über selbstinduziertes Scheitern und die Aufgaben der Politik

Neckel, Sighard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Neckel, S. (2021). Die Klimakrise und das Individuum: Über selbstinduziertes Scheitern und die Aufgaben der Politik. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-80379-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sighard Neckel | Essay | 17.06.2021

Die Klimakrise und das Individuum

Über selbstinduziertes Scheitern und die Aufgaben der Politik

Im¹ März 2021 hat das Bundesverfassungsgericht in einem bemerkenswerten Urteil die deutsche Regierung verpflichtet, die eigenen Klimaziele deutlich zu erhöhen.² Bis 2030 sollen die Emissionen gegenüber 1990 um 65 Prozent sinken (statt, wie bisher im Klimaschutzgesetz festgeschrieben, um 55 Prozent), damit gemäß des Pariser Übereinkommens zum Klimaschutz die Erderwärmung unter einem Wert von 2,0°C gegenüber der vorindustriellen Zeit gehalten werden kann. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung sei schon bis 2030 zu vollziehen und nicht erst bis 2038. Spätestens 2045 soll Deutschland „klimaneutral“ sein, das heißt, nur so viel Treibhausgase freisetzen, wie aus der Atmosphäre auch wieder entnommen werden können. Grundlage aller politischen Entscheidungen müsse künftig das maximale Treibhausgasbudget sein, das Deutschland gemäß der Pariser Klimabeschlüsse noch zur Verfügung steht. Dieses maximale Emissionsbudget umfasst gegenwärtig etwa 6,7 Gigatonnen CO₂-Äquivalente. Würde Deutschland weiterhin – wie etwa im letzten „Vor-Corona-Jahr“ 2019 – jährlich 0,71 Gigatonnen CO₂ ausstoßen, so wäre das verfügbare Budget bereits 2029 verbraucht.³ Deutschland befände sich auf einem Pfad, der am Ende des 21. Jahrhunderts zu einer Temperaturzunahme von 3,0°C bis 4,5°C führen könnte.

Die insgesamt eher zurückhaltenden Prognosen des Weltklimarats (IPCC) – der von manchen Klimaforschern dafür kritisiert wird, die Lage weniger dramatisch zu schildern als sie tatsächlich sei – gehen davon aus, dass ein solches Ausmaß der Erwärmung das Erdsystem in einen höchst instabilen Zustand versetzen würde, der die ökologischen Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens existenziell bedroht. Der Planet geriete in eine erdgeschichtlich einmalige Heißzeit, begleitet von Wirbelstürmen, Überschwemmungen, Dürren, dem Abschmelzen der Polkappen, einem ansteigenden Meeresspiegel, versauerten Ozeanen, dem Auftauen der Permafrostböden, weiträumigen Vegetationsverlusten, Wüstenbildung und Landdegradierung. Einige dieser ökologischen Notstände wären auch bei einer globalen Erwärmung von 2,0°C kaum zu vermeiden. Auch wenn dieser Wert vom Weltklimarat als gerade noch „klimaverträglich“ eingeschätzt wird, wäre ein solcher Temperaturanstieg bereits stärker als alle natürlichen Klimaschwankungen der letzten 10.000 Jahre. So ist nach heutigem Wissen bei einer Erwärmung um 2,0°C mit einem Anstieg der globalen Meeresspiegel um mehr als einen

Meter zu rechnen. Auch stiege weiterhin die Gefahr kaskadenartiger Veränderungen des Erdsystems mit unkontrollierbaren Folgen, wenn Kipp-Punkte einzelner Elemente des komplexen Ökosystems erreicht werden und diese sich abrupt und irreversibel verändern.

Klimaschutz als staatliche Verantwortung

In Deutschland ist die mittlere Jahrestemperatur seit 1881 bereits heute um 1,6°C gestiegen. Sie liegt damit um knapp 0,6°C über dem bisherigen globalen Temperaturanstieg. Infolge dessen gehörte Deutschland im Jahr 2018 erstmals zu den drei am stärksten von Extremwettern betroffenen Ländern der Welt.⁴ Hitzewellen, Grundwasserknappheit, die Austrocknung von Böden, das Absterben des Baumbestands und zunehmende Überschwemmungen sind die schon jetzt sichtbaren Folgen. Küstennahe Städte wie Hamburg, Bremen, Kiel, Lübeck und Rostock werden in den kommenden Jahrzehnten davon besonders betroffen sein.

Vollkommen unberechenbar sind auch die gesellschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung und der weltweiten Zerstörung von Ökosystemen. Sie würden aller Voraussicht nach massive Migrationsbewegungen aus den Hitzezonen des globalen Südens in die noch erträglichen Gebiete der Nordhalbkugel auslösen, da die Lebensgrundlagen jenseits des Äquators für große Bevölkerungen weitgehend ruiniert wären. Ressourcenkämpfe um Wasser, Boden, Nahrungsmittel und die Bewahrung von Lebenschancen könnten endlose Ketten kriegerischer Auseinandersetzungen entfesseln und auch demokratische Staaten in ökologische Notstandsregime mit diktatorischen Zügen verwandeln. Die Welt wäre geteilt in ausgreifende Räume von Armut und existenzieller Bedrohung, denen die geschützten Enklaven der Wohlhabenden und leidlich Gesicherten konträr gegenüberständen. Zivilisationseinbrüche auf allen Kontinenten wären die beinahe zwangsläufige Konsequenz.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Klimaschutz das Vorsorgeprinzip des Staates im Artikel 20a des Grundgesetzes aufgerufen, um die Regierung verpflichtend an die Einhaltung der Pariser Klimaziele zu binden. Auch dürften künftige Generationen nicht die Hauptlast des Klimaschutzes tragen, weshalb schnelles und durchgreifendes Handeln noch in diesem Jahrzehnt erforderlich sei. Demgemäß ist die Bundesregierung gehalten, durch Gesetzgebung und Rechtsverordnungen insbesondere auf die Energieerzeugung, den Betrieb von Produktionsanlagen und Verkehrsnetzen sowie auf den Gebäudesektor, die Abfallwirtschaft und die Landwirtschaft einen nachhaltigen klimapolitischen Einfluss zu

nehmen. Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr und Gebäude setzten im Jahr 2020 fast 90 Prozent aller Treibhausgasemissionen in Deutschland frei. Zusammengenommen gehen dadurch ca. 83 Prozent an CO₂-Äquivalenten auf energiebedingte Emissionen zurück, insbesondere auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Kohle, Erdöl und Gas.⁵

Gefragt ist mit anderen Worten ein grundlegender Umbau der gesellschaftlichen Grundversorgung und ihrer materiellen Infrastrukturen, um die existenziellen Risiken, die der Klimawandel für die Allgemeinheit darstellt, doch noch abwenden oder zumindest eingrenzen zu können. Dass dem Staat beim Schutz vor solchen Risiken eine besondere Verantwortung zukommt, ist historisch betrachtet nichts Neues. Auch in zurückliegenden Zeiten – und aktuell aufgrund der Corona-Pandemie – wurden staatliche Instanzen in die Pflicht genommen, wenn es galt, kollektiven Gefährdungen der gesamten Bevölkerung möglichst wirkungsvoll zu begegnen. Ein Beispiel aus dem 19. Jahrhundert ist etwa die öffentliche Einrichtung von Kanalisation, Trinkwasserversorgung und Abfallbeseitigung im Anschluss an Cholera-Epidemien. Städte wie Wien oder Hamburg trieben die Entwicklung kommunaler Infrastrukturen voran, nachdem die Cholera wie eine Naturkatastrophe über sie hereingebrochen war und die herkömmlichen behördlichen Gegenmaßnahmen weitgehend versagt hatten.⁶ Obgleich die Seuche hauptsächlich in den Elendsquartieren wütete, wurde ein allgemeines Versorgungssystem mit vergleichsweise hohen Hygienestandards geschaffen, um letztlich auch die bürgerlichen Schichten und somit die gesamte Gesellschaft vor neuerlichen Ausbrüchen der Epidemie zu schützen.

Die Anrufung der Einzelnen

Ihren Ursprung hatte die Cholera, die im 19. Jahrhundert von Indien bis nach Nordamerika eine beängstigende Todesspur hinterließ, in einer Klima-Anomalie. Verursacht wurde sie durch einen gewaltigen Vulkanausbruch in Bengalen, der die dortigen Wassertemperaturen ansteigen ließ und damit die Ausbreitung des Bakteriums begünstigte. Der Ausbruch der Epidemie löste eine weiträumige Fluchtmigration aus, woraufhin auch Menschen entlang der Handelswege infiziert wurden.⁷ Demgegenüber stellt der Klimawandel eine globale Bedrohung von bisher unbekanntem Ausmaß dar, die im Unterschied zu Seuchen viel komplexere Ursachen und Auswirkungen hat und keinen voraussehbaren Endpunkt, an dem sie als endgültig gebannt gelten kann. Der Klimawandel ist eine „Katastrophe ohne Ereignis“⁸ von unbekannter Dauer und mit unkalkulierbaren Folgen.

Wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nunmehr das Tor zu einer halbwegs

glaubwürdigen gesamtstaatlichen Verantwortung für den Klimaschutz aufgestoßen hat, so trifft der höchstrichterliche Auftrag für einen staatlich gerahmten Umbau von Produktion und Infrastruktur auf eine öffentliche Diskussion, in der die Begrenzung des Klimawandels vor allem als individuelle Aufgabe eines jeden Einzelnen begriffen wird. Unzählig die Aufrufe zu Einschränkung und Verzicht oder dazu, ein verantwortlicher Konsument zu sein, der die Rettung der Erde zu seinem persönlichen Anliegen macht.

Nun ist unbestreitbar, dass individuelles Verhalten mit gesellschaftlichen Strukturen in einem engen Zusammenhang steht. Ohne Frage reproduzieren Lebensformen die grundlegenden Funktionsweisen, in der in einer Gesellschaft gewirtschaftet, gearbeitet, konsumiert und Natur genutzt wird. Und sicher müssen sich viele alltägliche Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Routinen ändern, die heute noch auf einem schonungslosen Umgang mit der Umwelt beruhen. Jeder Systemwechsel, auch ein ökologischer, bedarf zu seiner Realisierung der Verankerung in den Alltagswelten der Menschen. Die Frage ist nur, wie das möglichst nachhaltig und schnell erreicht werden kann, verbleibt uns doch nur noch ein knappes Jahrzehnt, um die dringlichsten Schritte bei der Eindämmung der Klimakrise zu vollziehen.

Die Appelle an die Bürgerinnen und Bürger, zugunsten der Umwelt und für das Klima auf Flugreisen, Fleischverzehr, All-Inclusive-Tourismus und Konsum zu verzichten, stellen vielfach auf einen Einstellungswandel ab. Ökologische Sorglosigkeit wird als Ursache des massiven privaten Ressourcenverbrauchs begriffen. Aufklärung über die negativen Folgen des eigenen Lebensstils soll zu einer Verhaltensänderung durch vernünftige Einsicht führen. Allerdings ist hierbei die Enttäuschung schon vorprogrammiert. So ist etwa der Umweltforschung schon seit langem bekannt, dass vermehrtes Wissen um ökologische Gefährdungen keine hinreichende Voraussetzung dafür ist, das Umweltverhalten von Akteuren nachhaltig zu verändern.⁹ In den letzten Jahrzehnten sind die allgemeinen Kenntnisse über Umweltgefahren immens gestiegen, ohne dass dies am Klimawandel, dem Artensterben und dem Verlust an Biodiversität irgendetwas geändert hätte.

Eine zweite Option ist moralischer Druck, ausgeübt etwa beim *meat shaming* oder der öffentlichen Missbilligung von Flugreisen. Dieses Vorgehen läuft aber Gefahr, mit der sozialen Verachtung von jenen verbunden zu sein, die sich dem grünen Lebensstil nicht anschließen können oder das nicht wollen, weil sie sich etwa den Symbolen der moralischen Überlegenheit nicht unterwerfen möchten, die eine ökologische Lebensführung nicht selten für sich reklamiert. Wenn öffentliche Beschämungszeremonien Gewähr für ökologisch korrektes Verhalten bieten sollen, braucht man sich nicht zu

wundern über eine mentale Gegenwehr, die ihren Selbstrespekt ausgerechnet aus der Bedenkenlosigkeit gegenüber Natur und Umwelt bezieht. Erhält Nachhaltigkeit eine Vorbildfunktion, kann das zur ökologischen Distinktion eines höheren Sozialstatus einladen.¹⁰ Ökologische Umsicht im Alltagsverhalten und Präferenzen für einen grünen Konsum erscheinen dann als Signum besserer Kreise, die andere Lebensformen diskreditieren. Daran entzündeten sich symbolische Ungleichheitskonflikte, die einen raschen ökologischen Umbau nur aufhalten können.

Einstellungsfragen?

Besondere Bedeutung hat in allen Debatten zum ökologischen Einstellungswandel der sogenannte „Attitude-Behaviour-Gap“. In Studien zum Umweltbewusstsein dient er als geläufiges Modell, um die Fortsetzung umweltschädlichen Verhaltens trotz besserer Einsicht zu erklären. Bequemlichkeit, Eigennutz oder eine weit verbreitete Doppelmoral sollen verantwortlich dafür sein, dass Menschen unbedenklich zur Zerstörung der Ökosysteme beitragen, obwohl sie längst um die schwerwiegenden Folgen ihres Tuns wissen und nach außen womöglich eine umweltbewusste Haltung signalisieren. Häufig wird dabei gerade jenen Sozialschichten Bigotterie unterstellt, die sich etwa als Wählergruppen von Bündnis 90 / Die Grünen für einen ökologischen Umbau der Gesellschaft aussprechen, in ihrer Lebensführung aber am stärksten zum Ressourcenverbrauch und zu den höchsten Emissionswerten beitragen würden. Daraus ist inzwischen (nicht nur) in der sozialwissenschaftlichen Literatur ein eigenes Genre der Schmähung von Mittelschichten entstanden, denen vorgehalten wird, einer imperialen Lebensweise zu folgen und ein gutes Leben auf Kosten anderer zu führen.¹¹

Allerdings braucht man nicht derart schweres Geschütz aufzufahren, um den „Attitude-Behaviour-Gap“ zu erklären. Von Aristoteles bis Donald Davidson kennt die Philosophie das willensschwache Handeln wider besseren Wissens als *akrasia* und löst es als paradoxes Phänomen aus der Sphäre des bloßen moralischen Vorwurfs heraus.¹² Die willensschwache Person weiß um das Gute, nur ist es ihr im Moment des Handelns nicht präsent, weshalb sie im Handlungsmoment einer Unterstützung, einer Erinnerung, eines Anreizes bedarf, das Gute tatsächlich zu tun. Die heutige Verhaltensökonomie nennt das *nudging*, das freilich selbst zu einer moralischen Gratwanderung wird, wenn Methoden der psychologischen Manipulation eingesetzt werden. Die soziologische Praxistheorie geht hier nüchterner vor. Dem populären, doch irrigen „A-B-C-Paradigma“ (*Attitudes-Behaviour-Choice*) im Verständnis des Konsumentenverhaltens¹³ setzt sie die Perspektive einer sozial strukturierten Ausführung alltäglicher Praktiken entgegen, ohne dabei auf Methoden der

simplen Beeinflussung zu verfallen. Maßgeblich für Praktiken auch des Konsums sind demnach Routinen und Gewohnheiten auf der Subjektseite, die sich mit Standards, Konventionen, Möglichkeiten und Infrastrukturen auf der Seite von Märkten, Institutionen und Funktionssystemen verschränken. Ändern sich die materiellen und konventionellen Rahmenbedingungen des alltäglichen Handelns, wird dieses selbst in Bewegung gesetzt. Das Individuum muss nicht erst zu einem besseren Menschen erzogen werden, bevor es das ökologisch Richtige tut. Es tut es, indem es neue Möglichkeiten nutzt, und sich dadurch auch selber verändert.

Die Fehlschlüsse des ökologischen Fußabdrucks

Obwohl sich gesellschaftliche Infrastrukturen damit auch für das individuelle Verhalten als relevant erweisen, fixieren sich öffentliche Meinung und Politik vielfach auf die Umweltsünden des Individuums. Erkennbar wird dies etwa in den Maßeinheiten der ökologischen Belastung und in der Darstellung der Reduktionsmengen von Treibhausgasen, die für eine Begrenzung des Klimawandels notwendig sind. Das CO₂-Budget, das Deutschland noch verbrauchen darf, um die globale Erwärmung unter 2,0°C zu halten, wird regierungsamtlich nicht als nationales Gesamtbudget kommuniziert. Der entsprechende Wert von 6,7 Gigatonnen stammt aus den Gutachten umweltpolitischer Sachverständigenräte, von wo aus er keinen Eingang in die Zielstellung der offiziellen Klimaschutzpolitik gefunden hat. Stattdessen verwenden Politik und Medien den Durchschnitt eines individuellen CO₂-Budgets, um das Ausmaß der Umweltbelastung zu erläutern und daraus resultierende Verzichtsforderungen zu begründen. Laut Umweltministerium erzeugte jede in Deutschland lebende Person 2019 demnach einen ökologischen Fußabdruck von 11,61 Tonnen CO₂-Äquivalenten, fast doppelt so viel wie im globalen Durchschnitt, der bei 6,66 Tonnen liegt.¹⁴ Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, müssten die CO₂-Emissionen in Deutschland auf 2,5 Tonnen pro Kopf bis 2030 sinken und auf 1,4 Tonnen in 2040, und bei „Klimaneutralität“ ca. 0,7 Tonnen nicht überschreiten. Allein in den nächsten zehn Jahren ergäbe sich daraus in der Treibhausgasbilanz jedes Einzelnen eine notwendige Reduktion um 80 Prozent.

Fasst man das Erreichen dieser Ziele als individuelle Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger auf, gerät Klimaschutz sofort an seine gesellschaftlichen und auch stofflichen Grenzen. Weder Verzicht und Askese, noch die Umstellung auf nachhaltigen Konsum können realistischer Weise solche Minderungen in der persönlichen Öko-Bilanz erbringen. Bereits ein Student, der über ein geringes Einkommen verfügt und wenig konsumiert, mit mehreren Mitbewohnern auf engem Raum lebt, kein Auto besitzt, das Fahrrad oder den

öffentlichen Nahverkehr nutzt und keine Flugreisen unternimmt, kommt heute auf etwa 5,4 Tonnen CO₂ im Jahr – und liegt damit um mehr als das Doppelte über dem Wert der für 2030 angestrebten Ökobilanz. Selbst eine vegane Ernährung würde ihn nicht zu einem klimafreundlichen Leben verhelfen, fallen doch auch für die pflanzlich basierte Ernährungsweise bereits 1,2 Tonnen CO₂ pro Jahr an, womit sie fast schon die Hälfte des noch als klimaverträglichen persönlichen CO₂-Budgets verbraucht. Auch 1 Kilogramm Tofu erzeugt 1 Kilogramm CO₂-Äquivalente.¹⁵

Bei dem aussichtslosen Versuch, durch persönlichen Verzicht oder verantwortungsbewusste Konsumentenscheidungen klimagerecht zu leben, vermögen auch die avanciertesten Hilfsmittel nichts auszurichten. So entwickelt das Berliner *Einstein Center Digital Future* gerade die App eines grünen Shoppingassistenten, der – ähnlich wie eine Corona-App – vor dem Kontakt mit klimaschädlichen Produkten warnen und grüne Konsumalternativen anzeigen soll. Allerdings wird die mobile Nutzung der App auf einem Smartphone ihrerseits zu einer Vergrößerung des ökologischen Fußabdrucks führen. Auch grüner Konsum bleibt letztlich Konsum und trägt zur Belastung des Ökosystems bei. Selbst ein ausgesprochen asketischer Lebensstil – möglichst ortsgebunden und autark unter weitgehendem Konsumverzicht – vermag persönliche Klimaneutralität nicht zu erreichen. Wenn 83 Prozent aller Treibhausgase letztlich energiebedingt sind, stellt sich jedes individuelle Bemühen um ökologische Nachhaltigkeit als vergebliche Anstrengung heraus, weil es von den existierenden Infrastrukturen schlichtweg zunichtegemacht wird.

Klimakrise und soziale Gerechtigkeit

Der Unwirksamkeit des privaten Bemühens um einen möglichst geringen ökologischen Fußabdruck steht jedoch eine sittenstrenge Thematisierung von persönlichen Umweltsünden und subjektiver Klimaschuld in der Öffentlichkeit entgegen. Dies trägt weniger zur Bewältigung der Klimakrise als vielmehr zu moralischen Kreuzzügen bei, in denen Verfehlungen wechselseitig aufgerechnet werden, bis sich schließlich der gesellschaftliche Diskurs in einen Gerichtssaal verwandelt, in dem harte Urteile zu erwarten sind. Das bringt soziale Milieus gegeneinander auf, die zur Lösung der dringendsten Umweltprobleme eigentlich gesellschaftlicher Bündnisse bedürften. Andernfalls ist zu befürchten, dass der so kleinteilige wie wirkungslose Streit um die richtige Lebensführung den Ruf nach einem ökologischen Notstandsregime laut werden lässt, wenn der Gesellschaft das Wasser buchstäblich schon bis zum Hals steht. Dann würde man der Rettung der Erde nicht nur Freiheiten und Lebensmöglichkeiten opfern müssen, sondern auch noch die Demokratie. Nicht viele dürften bereit sein, diesen hohen Preis zu

entrichten.

Weiteren Konfliktstoff enthält, dass die individuellen Durchschnittswerte der Umweltbelastung, auf die (nicht nur) die Regierung sich stützt, darüber hinweg täuschen, dass die Emissionen tatsächlich sozial höchst ungleich verteilt sind. Für die Länder der Europäischen Union hat die Entwicklungsorganisation Oxfam kürzlich die Emissionen verschiedener Einkommensgruppen berechnet.¹⁶ Mit Blick auf Deutschland stellte sich dabei heraus, dass zwischen 1990 und 2015 die einkommensstärksten 10 Prozent aller Haushalte für mehr als ein Viertel (26 Prozent) der CO₂-Emissionen verantwortlich waren – und damit für fast genau so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen (29 Prozent). Deutlich wird die sozialstrukturelle Dimension der Umweltbelastung auch beim öffentlichen Reizthema des Fliegens. Allgemein wird dessen Bedeutung für die Klimakrise überschätzt, trägt der gesamte globale Passagierflugverkehr doch allenfalls 3 bis 4 Prozent zu den Treibhausgasemissionen bei.¹⁷ Auch den reisefreudigen Durchschnittsdeutschen werden in der individuellen CO₂-Bilanz nur 5,8 Prozent ihrer Treibhausgase durch Flugreisen in Rechnung gestellt. Doch während der Mallorca-Urlaub für die öffentliche Flugscham herhalten muss, sind es tatsächlich nur etwa 5 Prozent der deutschen Bevölkerung, die – zumeist geschäftlich – überdurchschnittlich häufig fliegen und damit den Durchschnittswert des CO₂-Ausstoßes beim Flugverkehr insgesamt anwachsen lassen. Die Business Class hat ein Flugproblem, viel weniger die Holzklasse im Ferienflieger.

Ganz ähnlich verhält es sich bei den Einsparungen von Emissionen. Zwischen 1990 und 2015 konnten diese EU-weit um circa 25 Prozent reduziert werden, was sich vor allem einer erhöhten Energieeffizienz verdankt. Die ärmste Hälfte der Haushalte reduzierte ihren CO₂-Ausstoß dabei um fast ein Viertel (24 Prozent), diejenigen mit mittlerem Einkommen um 13 Prozent. Im Gegensatz dazu legten die reichsten zehn Prozent der Haushalte in der EU beim CO₂-Ausstoß um drei Prozent zu, das reichste Prozent sogar um fünf Prozent. Die Einsparung konsumbedingter CO₂-Emissionen verdankt sich somit hauptsächlich den Haushalten mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die wohlhabendsten Einkommensgruppen hingegen haben ihren Ausstoß sogar noch gesteigert. Ohne soziale Differenzierung werden bei den ökologischen Verzichtsforderungen also gerade jene breiten Bevölkerungsgruppen in Haft genommen, die deutlich geringer zu den Treibhausgasen beitragen und in den letzten Jahrzehnten wesentlich mehr an CO₂ eingespart haben. Damit wird auch in Ländern wie Deutschland der Klimawandel zu einem Gerechtigkeitsproblem, an dem sich soziale Konflikte um die faire Verteilung von Lasten entzünden. Weltweit ist das ohnehin der Fall, verursacht das reichste Prozent der Weltbevölkerung doch mehr als doppelt so viele klimaschädliche Emissionen wie die

ärmere Hälfte der Menschheit zusammen.¹⁸ Doch selbst bei den Superreichen dieser Welt führt eine Fixierung auf den individuellen CO₂-Ausstoß nicht wirklich weiter. Der Ressourcenverbrauch ihrer Traumvillen, Privatjets und Luxusjachten, so exorbitant er auch sein mag, ist klimapolitisch weit weniger von Belang als die gewaltigen Emissionen, welche die Unternehmen ausstoßen, die den Superreichen gehören: mehr als die Hälfte der industriellen Treibhausgasemissionen gehen auf gerade einmal 25 weltweit agierende Unternehmen zurück.¹⁹

Nachhaltigkeit als kollektives Gut

Die Individuen und ihre Lebensstile zum Dreh- und Angelpunkt eines ökologischen Wandels zu machen, greift entschieden zu kurz. Die Individualisierung der Klimakrise, wie sie sich in der offiziellen Vermessung durchschnittlicher Ökobilanzen pro Person dokumentiert, ist reine Symbolpolitik. Die Schwerindustrie, die Automobilbranche, die Kohleförderung oder die industrielle Landwirtschaft haben eine ganz andere Lobby-Macht als die Bürger als Konsumenten. Doch die Bürger sind es, die sich von den Grillfesten in den Reihenhaussiedlungen bis zu den Küchentischen großstädtischer WGs untereinander zerstreiten, wer von ihnen die größte Klimaschuld auf sich lädt.

Durch die Zurechnung von Umweltbelastungen auf den Einzelnen werden die Ursachen ökologischer Schäden individualistisch verzerrt, die sozialstrukturellen Einflussfaktoren ausgeblendet, die Notwendigkeit eines schnellen strukturellen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft von der politischen Agenda verdrängt. Nachhaltigkeit verdünnt sich zur Attitüde eines besonderen ökologischen Lebensstils mit moralischen Extraprofiten, was zahlreiche sozialkulturelle Verwerfungen zur Folge hat. Dabei gelingen auch neue Formen des ökologischen Alltagsverhaltens am besten, wenn sie möglichst frei von sozialen Abstoßungseffekten sind.

Verwandelt sich Klimaschutz in eine eigenverantwortliche Aufgabe der Person, wird er von der öffentlichen in die private Sphäre verschoben. Hier aber, im privaten Bereich, unterliegen die Bemühungen um eine ökologische Lebensführung einem selbstinduzierten Scheitern. In der Umweltpolitik wird dem ökologischen Fußabdruck gerade deswegen so viel Gewicht beigemessen, weil er die Bürgerinnen und Bürger in die Pflicht nimmt, während es doch die Regierungen sind, die den ökologischen Wandel entschlossen einleiten sollten. Der private Konsum- und Lebensstil wird so von den materiellen Infrastrukturen der Gesellschaft getrennt, die ihn doch erst ermöglichen können. All dies lenkt davon ab, dass in kurzer Zeit die großen Systeme von Energie, Produktion und Verkehr klimagerecht

umgebaut werden müssen, wovon dann auch die CO₂-Bilanz aller profitiert.

Wirksamer und überdies sozial gerechter ist es, *sustainability* als ein kollektives Gut nachhaltiger Infrastrukturen zu organisieren, deren Funktionen ökologisch verträglich gestaltet werden und deren Nutzung prinzipiell allen Bürgern offensteht. Dann bedürfte es keines grünen Konsums als marktgetriebener Distinktionsstrategie und auch keiner öffentlichen Erziehungsprogramme zwecks Verinnerlichung von Verzicht. „Je heller die Einzelnen, desto erhellter das Ganze“ – so hat Theodor W. Adorno einmal den Idealismus solcher Erziehungsphilosophien karikiert,²⁰ die von Strukturveränderungen absehen und das Heil allein in der geistigen Bildung der Menschen suchen.

In seinem Urteil zum Klimaschutz hat das Bundesverfassungsgericht eben solche Strukturveränderungen angemahnt. Sie können nur durch eine staatliche Ordnungspolitik durchgesetzt werden, die materielle Infrastrukturen als öffentliche Güter zur Verfügung stellt, wo privatwirtschaftliche Interessen der Sache des Klimaschutzes entgegenstehen. Die Dekarbonisierung der Industrie verlangt zudem eine politische Mengensteuerung der Treibhausgasemissionen, damit die globale Erwärmung zumindest bei 2,0°C noch aufgehalten werden kann. Energieerzeugung, Produktion und Verkehr bedürfen daher klarer klimapolitischer Leitlinien, die schon kurzfristig obligatorisch werden sollten. Soll Nachhaltigkeit in diesem Jahrzehnt nicht zum sozialen Sprengsatz werden, braucht es schließlich eine sozial-ökologische Gesellschaftsreform, die Lasten gerecht verteilt, Lebenschancen für die Verlierer am Ende des fossilen Zeitalters eröffnet und Obergrenzen bei besonders klimaschädlichen Gütern des gehobenen Wohlstandskonsums und bei der Herstellung von Wegwerfprodukten durchsetzt. Wenn dies auf den Weg gebracht ist, kann gerne weiter darüber gestritten werden, wie wir als Individuen die Welt retten können.

Endnoten

1. Eine Kurzfassung dieses Textes erscheint in *agora42. Das philosophische Wirtschaftsmagazin*, Ausgabe 03/2021.
2. Siehe dazu die [Leitsätze zum Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021](#).
3. Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), [Umweltgutachten 2020. Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa – Kurzfassung](#), Berlin 2020, S. 4 ff.
4. Siehe Deutscher Wetterdienst (DWD), [Klimastatusbericht Deutschland Jahr 2019](#), Offenbach 2020.
5. Siehe Umweltbundesamt, [Treibhausgas-Emissionen in Deutschland](#), 18.1.2021.
6. Vgl. Richard J. Evans, *Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830–1910*, Reinbek bei Hamburg 1990; Andreas Weigl, *Cholera. Eine Seuche verändert die Stadt. Veröffentlichung des Wiener Stadt- und Landesarchivs*, B98, Wien 2018.
7. Vgl. William H. McNeill, *Plagues and Peoples*, Garden City, NY 1976, S. 230 ff.
8. Eva Horn, *Das Anthropozän und Corona*, in: Frank Adloff / Benno Fladvad / Martina Hasenfratz / Sighard Neckel (Hg.), *Imaginationen von Nachhaltigkeit. Katastrophe. Krise. Normalisierung*, Frankfurt am Main / New York 2020, S. 139.
9. Vgl. etwa bereits Andreas Diekmann / Peter Preisendörfer, *Persönliches Umweltverhalten: Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 44 (1992), 2, S. 226–251; sowie Udo Kuckartz / Anke Rheingans-Heintze, *Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement*, Wiesbaden 2006.
10. Vgl. Sighard Neckel, *Ökologische Distinktion. Soziale Grenzziehung im Zeichen von Nachhaltigkeit*, in: ders. et al., *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms*, Bielefeld 2018, S. 59–76; sowie Sighard Neckel, *Der Streit um die Lebensführung. Nachhaltigkeit als sozialer Konflikt*, in: *Mittelweg* 36 29 (2020), 6, S.

82–100.

11. Paradigmatisch für die Schmähung der Mittelschichten: Ingolfur Blühdorn et al., Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet, 2., akt. Aufl., Bielefeld 2020.
12. Helen Steward, [Art. Akrasia](#), in: Routledge Encyclopedia of Philosophy Online, DOI 10.4324/9780415249126-V003-1.
13. Vgl. Elizabeth Shove, Beyond the ABC. Climate Change Policy and Theories of Social Change, in: Environment and Planning A: Economy and Space 42 (2010), 6, S. 1273–1285.
14. Siehe Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), [Klimaschutz in Zahlen. Fakten, Trends und Impulse deutscher Klimapolitik. Ausgabe 2020](#), S. 54 f. sowie Institute for Global Environmental Strategies (IGES), [1.5-Degree Lifestyles: Targets and Options for Reducing Lifestyle Carbon Footprints. Technical Report](#), Hayama, Japan 2019, Seite V.
15. Ebd. Siehe dazu außerdem die Angaben im [WWF-Klimarechner](#) (WWF Deutschland).
16. Siehe Tim Gore / Mira Alestig, [Confronting Carbon Inequality in the European Union](#), 7.12.2020, Oxfam International Policy Papers.
17. Siehe D. S. Lee et al., [The Contribution of Global Aviation to Anthropogenic Climate Forcing for 2000 to 2018](#), in: Atmospheric Environment, 2020; sowie die Angaben in Statista, [Anzahl der beförderten Personen im Luftverkehr in den Jahren 2004 bis 2020 in Deutschland](#).
18. Siehe Oxfam, [Klimawandel und Ungleichheit. Das reichste 1 Prozent schädigt das Klima doppelt so stark wie die ärmere Hälfte des Welt](#), 21.9.2021.
19. Siehe Climate Accountability Institute, [Carbon Majors](#).
20. Theodor. W. Adorno, Theorie der Halbbildung, in: ders., Soziologische Schriften I, Frankfurt am Main 1972, S. 97.

Sighard Neckel

Sighard Neckel ist Professor für Gesellschaftsanalyse und sozialen Wandel im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg. Seit 2019 leitet er dort zusammen mit Frank Adloff die DFG-Kolleg-Forschungsgruppe "Zukünfte der Nachhaltigkeit".

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/die-klimakrise-und-das-individuum.html>